

GEGEN TERRORISMUS UND KRIEG - FÜR GEMEINSAME SICHERHEIT IN EINER GERECHTEREN WELT

Ernst Voit

Der Autor stellt nicht nur Fragen zum 11.9. 2001, sondern hinterfragt auch, ob der Krieg in Afghanistan ein geeignetes Mittel im Kampf gegen den Terror ist. Er diskutiert verschiedene Auffassungen über das Wesen des Terrors und die Mittel zu seiner Bekämpfung sowie die Rolle von Menschenrechten und Völkerrecht in diesem Zusammenhang. Abschließend plädiert er für eine Weltfriedensordnung die auf Gerechtigkeit gegründet ist, um zukünftige Konflikte zu vermeiden.

Ernst Voit, Prof. Dr. phil. et sc. Pol. Jahrgang 1932.

Von 1950 – 1978 Angehöriger der bewaffneten Organe der DDR. 1958 – 62 Fernstudium der Gesellschaftswissenschaften am Franz-Mehring-Institut der Karl-Marx-Universität Leipzig, anschließend außerplanmäßige Aspirantur. 1967 Dr. phil.; seit 1968 Lehrtätigkeit an der Militärakademie „Friedrich Engels“ in Dresden; 1970 Hochschuldozent. 1976 Dr. sc. pol..

1978 Umberufung für das Lehrgebiet Geschichte und Kritik der bürgerlichen Philosophie der 19. und 20. Jahrhundert an der Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften der TU Dresden; 1981 a. o. Professor 1991 Entlassung per „Abwicklung“.

Forschung und Publikationen zu philosophischen Problemen von Krieg und Frieden, zur Technikphilosophie sowie zur Entwicklung der Menschenrechte.

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington sei nichts mehr so wie vorher – wird immer wieder behauptet. Obwohl ich diese Einschätzung in ihrer Absolutheit für falsch halte, hat sie doch einen rationellen Kern: vieles erscheint in einem anderen Licht und es gibt signifikante Änderungen in der weltpolitischen Szenerie. Es handelt sich also offensichtlich um einen welthistorischen Einschnitt. Ich meine damit ein Ereignis, durch das den handelnden gesellschaftlichen Kräften schlagartig bewusst wird, was sich bereits seit längerem z.B. im internationalen Kräfteverhältnis verändert hat und mit welchen qualitativ neuen Möglichkeiten und Chancen, aber auch neuen Hindernissen und Risiken sie im Kampf um die Durchsetzung ihrer Interessen nun konfrontiert sind.

Bei aller zu beachtenden Differenz zwischen Erscheinung und Wesen sozialer Prozesse betrifft das Problemfelder, deren Analyse gegenwärtig für die Friedensbewegung unerlässlich geworden ist, um sich Klarheit darüber zu verschaffen, in welcher Epoche sie wirkt und welche Chancen nun angesichts des realen Kräfteverhältnisses und der Tendenzen seiner Entwicklung für die Verwirklichung einer friedlichen Welt – ohne Terror und Krieg – bestehen. Dazu müssen wir uns zunächst einmal sowohl klar machen, welche neuen Fragen wir nun im Interesse unseres Friedenskampfes zu beantworten haben. Zugleich müssen wir uns sehr gründlich mit den Begriffen auseinandersetzen, die von den mächtigen Massenmedien heute eingesetzt werden, um das Denken und Handeln der Menschen hinsichtlich Krieg und Frieden im Interesse der herrschenden Politik zu manipulieren.

FRAGEN ZU DEN ANSCHLÄGEN VOM 11. SEPTEMBER 2001

Genau genommen gibt es bis heute mehr Fragen zu den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon als wirklich überzeugende Antworten zu diesen Fragen.

Es ist also notwendig, immer wieder diese Fragen aufzuwerfen und sie an Hand der Tatsachen und nicht von Vermutungen zu beantworten. Ich will das am Beispiel einiger dieser Fragen versuchen.

- Um was handelt es sich bei den Anschlägen auf WTC und Pentagon? Sicher um bisher in Größenordnung und Wirkung beispiellose Terror-Anschläge, um Mord, um Massenmord und damit um ein Verbrechen, das durch absolut nichts zu rechtfertigen ist und deshalb uneingeschränkt und prinzipiell verurteilt werden muß. Aber es war kein Krieg!
- Wer hat die Anschläge vom 11. September 2001 verübt? Täter, die tot sind, denn sie handelten als Selbstmordattentäter.
- Wo sind die Flugzeuge gestartet? In den USA. Ernst-Otto Czempel betont deshalb: „Dies war kein Angriff von außen, sondern von innen – das muß erst einmal in das politische Bewusstsein eindringen.“¹
- Wer hat die Anschläge wo mit welcher Zielsetzung geplant und organisiert? Nach Erklärung der USA-Regierung war es Osama bin Laden und sein Netzwerk al Qaida. Doch eindeutige Beweise wurden dafür bisher nicht vorgelegt. Deshalb schreibt Czempel: „Wer die Gewalttat ausgeführt hat, wissen wir, wer sie angeordnet und organisiert hat, wissen wir nicht. Dass es bin Laden war, ist vorläufig nur eine Vermutung. Selbst wenn sie zutrifft, hat er bestimmt nicht alleine mit einem Satellitentelefon in irgendeiner Höhle im Hindukusch gehandelt...“²
Sicher ist schließlich noch, dass die Grundidee dieses Terroranschlages – Flugzeuge als Superbomben gegen Wolkenkratzer – lange vor dem September 2001 zuerst in Hollywood – Filmen verwirklicht worden ist.

KRIEG DER USA GEGEN AFGHANISTAN – EIN „ANTI-TERROR-KRIEG“?

Auch zur Darstellung und Begründung ihres Krieges gegen Afghanistan als „Anti-Terror-Krieg“ haben die USA bisher mehr unzu-

reichend oder schlicht falsch beantwortete Fragen als überzeugende Beweise vorgelegt. Hat Afghanistan etwa die USA angegriffen? Natürlich nicht, aber es hat gewagt, bin Laden ohne Vorlage entsprechender Beweise seiner Täterschaft bei den Anschlägen vom 11. September 2001 an die USA nicht auszuliefern. Das war sicher für die USA nicht erfreulich. Aber diese Nichtauslieferung eines nur beschuldigten Individuums als einen „Angriff auf die USA“ darzustellen, gegen den die USA deshalb einen „Verteidigungskrieg“ führen müssten, ist geradezu grotesk. Aber genau das war die entscheidende Argumentation der Bush-Regierung für den am 7. Oktober 2001 begonnenen Krieg gegen Afghanistan.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage interessant: Waren die USA schon immer gegen bin Laden und das Taliban-Regime in Afghanistan? Keineswegs. Man kann sogar ohne Übertreibung sagen, bin Laden und die Taliban wären ohne die USA und deren Schützlinge Pakistan und Saudi-Arabien nie zu dem geworden, was sie dann waren.³ Das änderte sich erst, als die Taliban sich unfähig zeigten, Sicherheit für das von den USA seit längerem verfolgte Projekt einer Öl- und Gaspipeline vom turkmenischen Daulat durch Afghanistan nach Moltan in Pakistan zu garantieren.⁴ An diesem Interesse hat sich bis heute kaum etwas geändert.

Der am 7. Oktober 2001 von den USA gegen Afghanistan begonnene Krieg ist mit Sicherheit kein Verteidigungskrieg, sondern ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, der vom UN-Sicherheitsrat zwar nicht gebilligt, aber in Verletzung der UN-Charta geduldet wird. Angesichts der besonders seit dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien verstärkten Bestrebungen zur Beseitigung der völkerrechtlichen Barrieren gegen das Faustrecht in den internationalen Beziehungen müssen wir uns in der Friedensbewegung mit diesem Tatbestand, der natürlich Ausdruck des veränderten internationalen Kräfteverhältnisses ist, noch intensiver als bisher auseinandersetzen.

Politisch handelt es sich beim Krieg der USA gegen Afghanistan um das Eingreifen in einen schon lange währenden Bürgerkrieg

auf seiten einer Bürgerkriegspartei, der Nord-Allianz, analog dem Eingreifen in den jugoslawischen Bürgerkrieg auf Seiten der UCK – diesmal nicht firmiert als „humanitäre Intervention“, sondern als „Anti-Terror-Krieg“. Seit George W. Bushs Rede am 20. September 2001 vor dem US-Kongress ist ein Krieg erklärt worden, der solange geführt werden soll, „bis jede weltweit tätige terroristische Gruppe gefunden, am weiteren Vorgehen gehindert und besiegt worden ist.“⁴⁵ Obwohl die USA bis heute diesen Krieg faktisch alleine führen, haben sie ihn als Führungsmacht eines „weltweiten Bündnisses gegen den Terrorismus“ inszeniert und erreicht, dass am 2. Oktober 2001 erstmalig in der über 50jährigen Geschichte der NATO der „Bündnisfall“ ausgerufen wurde. Militärisch führen die USA diesen Krieg vor allem als Luftkrieg aus großer Höhe bzw. Entfernung vorwiegend mit Flächenbombardements und im Zusammenwirken mit den Landstreitkräften der afghanischen Nord-Allianz analog der UCK im Kosovo.

Aus alledem ergibt sich als Frage, die für die Friedensbewegung von strategischer Bedeutung sein dürfte: Ist dieser „Krieg gegen den Terror“ bzw. „War against Terror“ ein qualitativ neuartiger Krieg, der ohne wesentlichen inneren Zusammenhang mit Golfkrieg II und dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien geführt wird, oder ist er die Fortsetzung dieser Kriege und damit nicht mehr und nicht weniger als einer der Kriege für eine „Neue Weltordnung“?

Auch wenn die Regierungen der USA und der anderen NATO-Staaten seit dem 11. September 2001 geradezu peinlich darauf bedacht sind, nur noch vom „Krieg gegen den Terror“ zu sprechen, ordnet sich der Krieg gegen Afghanistan mühelos in das seit dem Untergang des Warschauer Vertrages von den USA verfolgte Streben nach Weltherrschaft ein, die nach den geostrategischen Auffassungen Zbigniew Brzezinskis derjenige ausübt, der den eurasischen Kontinent beherrscht. Ganz in diesem Sinne hatte Brzezinski bereits 1997 die USA als eine historisch beispiellose Weltmacht definiert. Ausgehend vom alten Rom, China, dem Mongolenreich und den Kolonialreichen der Spanier, Niederländer, Briten und Franzosen schätzte er ein: „Aber keines

dieser Reiche beherrschte die Welt. Nicht einmal Großbritannien war eine wirkliche Weltmacht. ...Im Gegensatz dazu ist der Geltungsbereich der heutigen Weltmacht Amerika einzigartig. Nicht nur beherrschen die Vereinigten Staaten sämtliche Ozeane und Meere, sie verfügen mittlerweile auch über die militärischen Mittel, die Küsten mit Amphibienfahrzeugen unter Kontrolle zu halten, mit denen sie bis ins Innere eines Landes vorstoßen und ihrer Macht politische Geltung verschaffen können. Amerikanische Armeeverbände stehen in den westlichen und östlichen Randgebieten des eurasischen Kontinents und kontrollieren außerdem den Persischen Golf.“ Nach Brzezinskis Einschätzung „ist der gesamte Kontinent von amerikanischen Vasallen und tributpflichtigen Staaten übersät, von denen einige allzu gern noch fester an Washington gebunden wären.“⁶

Die im Denken und Fühlen der US-Amerikaner tief verinnerlichte *Illusion der waffentechnischen Unverwundbarkeit* der USA ist durch die Anschläge vom 11. September 2001 nachhaltig zerstört worden. Das, was da passiert ist, ist wohl nur mit jenem „Sputnik-Schock“ vergleichbar, der die US-amerikanische Gesellschaft erfasste, als sie in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Kenntnis nehmen musste, dass die Sowjetunion nicht nur das ursprüngliche Kernwaffen-Monopol der USA gebrochen hatte, sondern auch über Interkontinentalraketen verfügte, die das gesamte Territorium der USA erreichen konnten.

Zugleich nutzte die US-Regierung den extrem verbrecherischen, massenmörderischen Charakter der Anschläge vom 11. September 2001 außerordentlich zielstrebig dazu, unter der Flagge des „Kampfes gegen den Terrorismus“ ein weltumspannendes Staatenbündnis zu installieren, das noch umfassender ist als jene Koalition, mit der die USA nach dem Untergang der Sowjetunion im Golfkrieg II den Kampf um eine ihren imperialen Interessen entsprechende *Neue Weltordnung* unmittelbar eingeleitet hatten.

Charakteristische Merkmale und Ziele dieses Bündnisses:

- Bedingungslose Anerkennung der politischen, ideologischen und militärischen Führung durch die USA – Bereitschaft als „tributpflichtige Vasallen“ der USA zu handeln.
- Anerkennung der Definitionsmacht der USA über das, was „Terrorismus“ ist und was nicht, was „Gegenterror“ ist und was nicht, welche Staaten „Schurkenstaaten“ sind und welche nicht.
- Anerkennung der Rechtmäßigkeit von weltweiten Interventionskriegen der USA, nunmehr unter der Selbstmandatierungsformel vom „Anti-Terror-Krieg“.
- Komplizenschaft bei der weiteren Schwächung der UNO und des auf ihrer Charta beruhenden Völkerrechts bis hin zur Verwandlung der UNO in eine Institution, die in Abhängigkeit von ihrer Willfährigkeit gegenüber den USA entweder anerkannt, eingeschaltet und finanziert oder ignoriert, nicht finanziert, brüskiert und damit weiter geschwächt wird.⁷ Faktisch wird die UNO so nach dem Urteil des Völkerrechtlers Norman Paech zum „Subunternehmer der USA.“⁸

WAS IST TERRORISMUS?

Es gibt schon lange Bemühungen, um zu einem internationalen Abkommen über die Bekämpfung von Terrorismus zu kommen. So wurde bereits am 16. November 1937 in Genf ein internationales „Abkommen über die Verhütung und Unterbindung des Terrorismus“ abgeschlossen, dem sich noch im selben Jahr 24 Staaten anschlossen. Es scheiterte an der ablehnenden Haltung vor allem Nazi-Deutschlands und Großbritanniens.⁹ Es gibt bis heute keine völkerrechtlich verbindliche Definition dessen, was unter „Terror“ und „Terrorismus“ zu verstehen ist. Wenn nun aber die „einzige Weltmacht“ begonnen hat, einen weltweiten Krieg mit der Begründung zu führen, den Terrorismus zu beseitigen, dann kommt der Definition dessen, was Terrorismus ist, eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu. Methodologisch hat sich inzwischen weitgehend durchgesetzt, im Begriff „Terrorismus“ nicht jeden „Terror“ zu erfassen. Typisch

dafür ist die Definition im Heft „Terrorismus“ der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Reihe „fluter“: „Terror und Terrorismus sind überall – die Medien sind voll davon. Da werden die Begriffe schnell unscharf. Die Alltagssprache ist mit dem Terror schnell bei der Hand. Eine Rockerbande terrorisiert ein Viertel oder ein Mann seine Familie. ...Terror im eigentlichen Sinne meint jedoch systematische Gewalttätigkeit. Menschen werden bedroht, verletzt oder getötet – Sachwerte vernichtet. Gewalttätige Übergriffe und Anschläge von Rechtsextremisten auf Ausländer sind Terror. Sie sind aber kein Terrorismus. Davon ist erst die Rede, wenn die Gewalt nicht nur vereinzelt und situationsbezogen von Einzeltätern und kleinen, spontan gebildeten Gruppen ausgeht, sondern politisch geplant und gelenkt ist.“¹⁰

Nach Gian Mario Bravo wurde der Terrorismus „seit den ältesten Zeiten als Herrschaftsinstrument benutzt.“¹¹ Die Pariser Rechtsprofessorin Monique Chemillier-Gendreau betonte nach dem 11. September 2001: „Der Terrorismus hat sich nach und nach zu einer mörderischen Form des Widerstands gegen die weltpolitische Hegemonie entwickelt, doch kennt das Völkerrecht weder eine Definition von ‚terroristischer Aktion‘ noch entsprechende Sanktionen. Die Gründe dafür sind bekannt. Die Übermacht des Westens stützt sich ihrerseits auf Gewalt, und der Staatsterrorismus (nicht nur von Israel in Form von außergerichtlichen Morden praktiziert) ist eine Realität, die sich einer völkerrechtlichen Definition des Terrorismus schwerlich ausklammern ließe.“¹²

Angesichts der von den USA beanspruchten und praktizierten Definitionsmacht über das, was Terrorismus ist und was nicht, kommt ihrer Position besondere Bedeutung zu. Berater der US-Regierung und anderer Regierungen für diese Problematik ist der Vizepräsident für außenpolitische Fragen und Direktor des Washingtoner Büros der Rand Corporation, Bruce Hoffman. Das von ihm erstmals 1998 veröffentlichte Standardwerk „Terrorismus – der unerklärte Krieg“ erschien in Neuauflage noch im Jahre 2001 erweitert um ein Kapitel „Die Anschläge vom 11. September 2001 im Kontext“.¹³ Hoffmans Definitionsansatz ist von prinzipieller Be-

deutung und hat weitreichende Konsequenzen. Er lautet:
„Herrschaft durch Gewalt und Einschüchterung der eigenen Bürger durch jene, die bereits an der Macht sind, werden im allgemeinen als ‚Terror‘ bezeichnet, um eben dieses Phänomen vom ‚Terrorismus‘ zu unterscheiden, worunter man Gewalttätigkeiten von seiten nicht-staatlicher Gebilde versteht.“¹⁴ Es ist das Hauptziel dieser Definition, den Staatsterrorismus aus dem Terrorismus-Begriff auszuklammern. Deshalb kommt Hoffman immer wieder darauf zurück, „deutlich zwischen staatlich praktizierter Gewalt und jener zu differenzieren, die von nicht-staatlichen Rechtspersonen wie eben Terroristen ausgeht.“¹⁵ Was Hoffman damit letztlich vor allem bezweckt, wird deutlich wenn er es entschieden zurückweist, „die Überfälle der deutschen Luftwaffe auf Warschau und Coventry oder die alliierten Feuerteppiche über Dresden und Tokio und die Atombomben, die von den Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkrieges über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden“, als terroristisch zu bezeichnen. Denn damit würde man – so seine Begründung – den „fundamentalen qualitativen Unterschied“ ignorieren, der zwischen jeder Gewaltanwendung staatlicher und nicht-staatlicher Kräfte gegen die Zivilbevölkerung besteht, „selbst wenn staatliche Streitkräfte für wesentlich mehr Todesfälle und Zerstörungen verantwortlich waren, als Terroristen jemals herbeizuführen vermögen.“¹⁶

Für einen anderen Definitionsansatz plädiert Ernst-Otto Czempiel. Er möchte den Terrorismusbegriff ausschließlich für „Gewaltakte“ reservieren, „die politisch gesichtslos sind, die lediglich einem blinden Drang zur Zerstörung und Vernichtung von Menschenleben folgen.“ Dazu zählt er z.B. die Zerstörung des Bürohochhauses in Oklahoma-City, den Giftgasangriff der japanischen Aum-Sekte in der Tokioer U-Bahn und die jüngsten Milzbrandanschläge in den USA. Kein Terrorismus liegt für Czempiel bei der Anwendung jener physischen, auch militärischen Gewalt vor, „die gesellschaftliche Akteure zugunsten konkreter politischer Ziele dann einsetzen, wenn alle anderen, nicht gewaltsamen Mittel versagt haben. ... In diese Kategorie der physischen Gewaltanwen-

dung zugunsten klar benannter politische Zwecke durch klare, bekannte politische Akteure fallen die Auseinandersetzungen unserer Gegenwart in Nordirland, im Baskenland, in Korsika, im Kosovo und in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas.“¹⁷

Beim Nachdenken über den Inhalt und die Konsequenzen der unterschiedlichen Terrorismus-Definitionen bin ich darauf gestoßen, dass sehr viele – gerade, wenn sie die Ursachen der in den Medien behandelten terroristischen Aktivitäten suchen – Terrorismus sehr schnell als Waffe der Schwachen definieren, womit sie nolens volens der Argumentation jener folgen, die von ihrem Staatsterrorismus ablenken wollen. Wie prinzipiell falsch es ist, Terrorismus als „Waffe der Schwachen“ zu definieren, hat mir der US-amerikanische Wissenschaftler Noam Chomsky klar gemacht, der in einem Vortrag am 18. Oktober 2001 zu dieser Problematik erklärte: „Die Kultur, in der wir leben, deckt mehrere Tatsachen auf. Erstens, der Terrorismus funktioniert. ... Meistens funktioniert die Gewalt. Das ist die Geschichte der Welt. Zweitens, die immer wiederholte Behauptung, dass der Terrorismus die Waffe der Schwachen ist, stellt einen äußerst groben analytischen Fehler dar. Wie die anderen Formen der Gewalt ist auch Terrorismus in erster Linie eine Waffe der Starken. ... Der Terrorismus wird nur deshalb für die Waffe der Schwachen gehalten, weil die Starken auch die Definitionsgewalt in den Staatssystemen haben. Aus demselben Grund wird der Terrorismus der Starken auch nicht zum Terrorismus gezählt. Das ist so gut wie überall der Fall.“¹⁸

Ausgehend davon, dass wir uns in unserem Kampf gegen Terrorismus und Krieg, für Frieden und gemeinsame Sicherheit in einer gerechteren Welt heute und wohl noch eine ganze Weile mit Versuchen auseinandersetzen müssen, Kriege für eine neue imperialistische Weltordnung mit der ‚Bekämpfung des Terrorismus‘ zu rechtfertigen, stelle ich folgende Definition des Terrorismus zur Diskussion:

***Terrorismus** ist die planmäßige und systematische Anwendung bewaffneter Gewalt gegen die Zivilbevölkerung durch politische*

Organisationen, Bewegungen und Staaten sowie deren Streitkräfte mit dem Ziel der Aufrechterhaltung oder der Veränderung bestehender ökonomischer und politischer Macht – und Abhängigkeitsverhältnisse. Der verbrecherische und völkerrechtswidrige Charakter des Terrorismus folgt daraus, dass er systematisch gegen die – auch von Widerstands- und Befreiungsbewegungen einzuhaltenden – Festlegungen des humanitären Kriegsvölkerrechts über den unbedingten Schutz der Zivilbevölkerung und ihrer Lebensgrundlagen (bes. 2. Zusatzprotokoll zur Genfer Konvention v. 8.6.1977) verstößt.

Die Behauptung, dass die USA heute weltweit „Kriege gegen den Terror“ führen müssen, soll suggerieren, dass ihr Krieg selbst nichts mit Terror zu tun hat. Aber spätestens seit dem 20. Jahrhundert ist es eine Tatsache, dass Kriege mit der zunehmenden Technisierung hauptsächlich als Kriege gegen die Zivilbevölkerung geführt werden und insofern selbst extremster Terror sind.¹⁹ Mit der Formel „Krieg gegen den Terror“ haben die USA eine noch raffiniertere und noch manichäische argumentierte Kriegsapologetik entwickelt als es vordem schon die Formeln „humanitäre Intervention“ und „Krieg für die Menschenrechte“ waren.²⁰

Wie wenig gerade die USA berechtigt sind, für die Welt zu definieren, was Terrorismus ist und was nicht und ihre Kriege für eine „neue Weltordnung“ als „Kriege gegen den Terrorismus“ zu bezeichnen, ergibt sich schon aus einem kurzen historischen Überblick zur Rolle des Terrors in der Politik und Globalstrategie der USA seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

DIE USA UND DER TERROR

Es gab und es gibt nicht den Terror. In der Zeit des Kalten Krieges bezichtigten beide Seiten sich gegenseitig, Terror als Kampfform anzuwenden.²¹ Das widerspiegelt sich auch darin, dass sich die meisten Terroristen selbst als Freiheitskämpfer verstehen. So erinnert sich der heutige namhafte israelische Friedenskämpfer

Uri Avnery: „In jungen Jahren gehörte ich zur Untergrundorganisation Irgun. Wir nannten uns ‚Freiheitskämpfer‘, während die britische Mandatsregierung in Palästina auf ‚Terroristen‘ plädierte. In der Zwischenzeit habe ich verstanden, dass es eigentlich nur den einen Unterschied zwischen Freiheitskämpfern und Terroristen gibt. Erstere sind auf meiner Seite – letztere auf der gegnerischen.“²²

Spätestens 1961 begannen die USA, terroristische Mittel und Methoden zum festen Bestandteil ihrer Globalstrategie zu machen. Das kam in einer Denkschrift des damaligen Chefs für Forschung und Entwicklung der US-Streitkräfte und späteren Mitglieds im Beraterteam von US-Präsident Nixon, Generalleutnant Artur G. Trudeau zum Ausdruck, über die das Wall Street Journal damals schrieb, es gehe darum, „den Konflikt mit dem Kommunismus in das rote Imperium zu tragen. Es geht dabei um den Gedanken..., Guerilla-Unruhen, Sabotage und Subversion zu verabreichen, während man das vermeidet, was man für größere Wagnisse hält, die durch konventionelle militärische Operationen bedingt sind“ ... Wir müssen einen Weg finden, um ein an der Macht befindliches Regime ohne einen allgemeinen Krieg und selbst ohne begrenzten Krieg zu stürzen“, erklärt das Dokument.“²³ Die später folgenden Diskussionen über „direkte“ und „indirekte“ Strategie bis hin zum Konzept vom „Low Intensity War“ und ihre praktische Umsetzung in Indonesien, Chile, Nicaragua und nicht zuletzt in Afghanistan markieren den hohen Stellenwert, den die USA dem Terror in ihrer Strategie stets beigemessen haben.

Lange vor den Terror-Anschlägen auf die USA vom 11. September 2001 hatte der US-amerikanische Wissenschaftler Chalmers Johnson, der während des Kalten Krieges Berater der CIA gewesen war, geschrieben: „Des einen Terrorist ist natürlich des anderen Freiheitskämpfer, und viele Vorfälle, die in den USA von offizieller Seite als grundlose Terroranschläge auf unschuldige Bürger verurteilt werden, sind in Wirklichkeit Vergeltungsakte für eine imperiale Politik. Terroristen greifen gerade deswegen unschuldige Bürger und unverteidigte amerikanische Ziele an, weil amerikanische Militärs, die von Schiffen auf See oder extrem

hochfliegenden B-52-Bombern aus Marschflugkörper abfeuern oder von Washington aus brutale und unterdrückerische Regime unterstützen, unangreifbar erscheinen.“²⁴

Seit dem 11. September 2001 versuchen die USA mit einem enormen diplomatischen und propagandistischen Aufwand, sich der Weltöffentlichkeit als die *führende antiterroristische Macht* darzustellen. Angesichts der Bedeutung, die Terror gegen die Bevölkerung anderer Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Globalstrategie der USA gespielt hat und heute noch spielt, ist das eine geradezu groteske Anmaßung. Immerhin handelt es sich bei den USA um eine Großmacht, die 1986 durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag verurteilt wurde, weil sie den Sturz der Regierung von Nicaragua mit solchen terroristischen Mitteln betrieben hatte wie „der Verminung von Häfen, der Zerstörung von Ö raffinerien oder mit der Ausbildung, Bewaffnung und Ausrüstung von Contras“. ²⁵ Zur Unterstützung des Kampfes gegen die Sowjetunion lieferte „die amerikanische CIA für drei Milliarden Dollar Waffen an die afghanischen Mudschahidin“. ²⁶ Schließlich kann die Luftkriegsstrategie der USA, die auf die Zerstörung der zivilen Infrastruktur ausgerichtet ist und das erklärte Ziel verfolgt, ganze Völker „zurück in die Steinzeit zu bomben“, wohl nur als terroristisch bezeichnet werden. Folgerichtig kam Günter Gaus deshalb auch zu der Einschätzung, US-Amerikaner haben bisher „mehr Terror ausgeübt als erfahren“. ²⁷

Terroranschläge wie die vom 11. September 2001 erfüllen den Tatbestand des kriminellen Massenmords. Sie sind aber kein Krieg. Zuständig für ihre Ahndung wäre der Internationale Strafgerichtshof, dessen Statut bereits 1998 in Rom beschlossen wurde. 120 Staaten haben sich für die Schaffung dieses IStGH entschieden, 21 sind bisher noch unentschlossen. Lediglich sieben Staaten sind gegen die Schaffung eines solchen Gerichtshofes: China, Irak, Israel, Jemen, Katar, Libyen und die USA. Dem Wesen nach ist die Einstellung zur Schaffung dieses Internationalen Strafgerichtshofes gewissermaßen die Nagelprobe auf die tatsächliche Bereitschaft zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus auf der

Basis des Völkerrechts und unter Ausschluss des Faustrechts.²⁸ Aber gerade das wollen die USA offenkundig nicht. Denn mit dem „Gesetz zum Schutz der amerikanischen Streitkräfte 2001“ wird allen US-amerikanischen Behörden die Zusammenarbeit mit dem IstGH strikt verboten und Staaten, die mit dem IstGH zusammenwirken, werden Sanktionen der USA angedroht. „Bisher gab es keinen Präzedenzfall, in dem die USA einen multilateralen Vertrag – den eine zu großen Teilen demokratische Koalition der Völkergemeinschaft anstrebt – mit solchem Druck zu verhindern sucht.“²⁹ Dieser Ablehnung völkerrechtlicher Regelungen entspricht dann auch ein demonstratives Setzen auf das Faustrecht, wie es US-Präsident George W. Bush am 13. November 2001 mit seiner Anordnung zur Schaffung von geheim agierenden US-amerikanischen Militärtribunalen tat, denen jegliche Rechtsstaatlichkeit abgeht.³⁰ All das veranlasst inzwischen selbst Persönlichkeiten, die über viele Jahre immer wieder versucht haben, um Verständnis und Zustimmung für die Politik der USA zu werben, angesichts der offenen Sabotage von IstGH und Biowaffen-Konvention sowie Aufkündigung des ABM-Vertrages zu der sarkastischen Einschätzung: „Wären internationale Verträge Lebewesen – man müsste heute darüber nachdenken, sie auf die Liste gefährdeter Arten zu setzen. Denn Amerikas neue Regierung hat die Jagdsaison auf das Völkerrecht eröffnet.“³¹

Ein besonderes Kapitel des Verhältnisses der USA zum Terrorismus ist ihre Luftkriegsstrategie. Generell wurde, wie Noam Chomsky betont, im 20. Jahrhundert „die Zivilbevölkerung erneut zum vorrangigen Zielobjekt der Kriegführung. ... Militärische Angriffe auf die Zivilbevölkerung erreichten ihren Gipfel mit der Bombardierung Deutschlands und Japans durch die Alliierten.“³² Die Luftkriegsstrategie der USA³³ zielt seit dem Zweiten Weltkrieg vorrangig auf die Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur und damit der Lebensbasis der Zivilbevölkerung. Die USA haben das insbesondere in Vietnam demonstriert, dessen Volk sie damit erklärtermaßen „in die Steinzeit zurückbomben“ wollten. Nicht anders handelten sie im Golfkrieg 1991 gegenüber dem Irak und im NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999, deren zivile

Opfer dieser verbrecherischen Kriegführung zynisch als „Kollateralschäden“ bezeichnet wurden. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld überbot das noch, als er kürzlich angesichts von mindestens 4000 durch Luftbombardements der USA getötete Afghanen erklärte: „Ich kann an keinen anderen Konflikt in der Geschichte der Menschheit denken, in dem es weniger Kollateralschäden gab.“³⁴ Der Vollständigkeit halber sei nur noch darauf verwiesen, dass die USA das 2. Zusatzprotokoll zum Genfer Abkommen vom 8. Juni 1977, das von Völkerrechtlern absolut zutreffend als das Zentraldokument des modernen Kriegsvölkerrechts bezeichnet wird, bis heute noch nicht ratifiziert haben.³⁵

FRIEDENSKAMPF BRAUCHT EIN GUTES GEDÄCHTNIS

Friedenskampf braucht ein gutes Gedächtnis, denn im Erfinden immer neuer Lügen sind die Kriegs-Interessenten zynisch und skrupellos.³⁶ Und sie haben heute alle von Hitler gelernt, dessen Methode bekanntlich – wie er am 10. November 1938 vor Vertretern der deutschen Presse bekannte - darin bestand, „unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens“ schließlich „nicht etwa die Gewalt als solche zu propagieren, sondern ... bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, dass die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien begann.“

Wie blass ist heute schon die Erinnerung an die Versuche einflussreicher Medien, „islamische Terroristen“ dafür verantwortlich zu machen, daß in den USA Menschen durch dort per Post verschickte Milzbranderreger getötet wurden. Darum wurde es dann allerdings sehr schnell ganz ruhig, als klar wurde, dass diese Erreger nur aus einem Biowaffen-Labor der US-amerikanischen Streitkräfte stammen konnten. Und wem fiel angesichts des Versuchs der führenden USA-Medien, die Milzbrand-Anschläge zur Entfesselung einer sehr konkreten Anti-Terror-Hysterie noch ein, dass wenige Tage vor den Anschlägen vom 11. September 2001,

nämlich am 5. September auch in der deutschen Presse zu lesen war: „Die USA haben offenbar seit Mitte der neunziger Jahre in bislang nicht bekanntem Ausmaß mit biologischen Kampfstoffen experimentiert. ... Die Bush-Regierung will die Arbeiten nun ausweiten und denkt dabei auch an die Entwicklung neuartiger biologischer Kampfstoffe, so soll z.B. eine neue, gefährliche Variante des Milzbrandregers hergestellt werden.“³⁷

Die Zustimmung des USA-Kongresses und des UN-Sicherheitsrats zum Golfkrieg 1991 gegen den Irak hat US-Präsident George Bush ganz wesentlich dadurch erreicht, dass er im Oktober 1990 vor diesen beiden Institutionen zwei angebliche Augenzeugen dafür auftreten ließ, dass irakische Soldaten in Kuwaiter Kliniken 312 Säuglinge aus Brutkästen entnommen und brutal getötet hätten. Ramsey Clark, ehemaliger Justizminister der USA, beschreibt das, was da gelaufen ist, rückblickend so: „Seit dem Ende des Golfkrieges ist die Geschichte gründlich widerlegt. Es kam ans Licht, dass die Zeugen, die vor dem Sicherheitsrat und dem Kongress ausgesagt hatten, dies unter falschem Namen und falscher Identität taten. Ein ‚Mr. Issah Ibrahim, der Chirurg‘, war in Wirklichkeit Ibraeerm Behbehani, ein Kieferorthopäde, Nayirah, die 15jährige, die ausgesagt hatte, sie habe zur Zeit der angeblichen Greuelthaten in der Klinik freiwillige Hilfsdienste geleistet, stellte sich als die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA heraus – was den Organisatoren der Anhörung vom 10. Oktober bekannt war.“ Clark vermerkt auch, dass zwei bedeutende Menschenrechtsorganisationen, wie amnesty international und Middle East Watch, - ebenso wie der US-Kongress und der UN-Sicherheitsrat – von dieser Inszenierung zunächst überzeugt waren, bis sie feststellen mussten, dass man sie schamlos belogen hat. „amnesty international zog seine Bestätigung der Geschichte im April 1991 zurück. Middle East Watch untersuchte die Vorwürfe und schloss im Februar 1992 mit der Gegenklage, dass die Story, wie auch andere Schilderungen von Massenvergewaltigungen und Folter durch die Irakis, „eindeutig Kriegspropaganda“ waren.³⁸ Dass die Erklärungen, mit denen die USA-Regierung ihren gegenwärtigen Krieg gegen Afghanistan begründet hatte, nicht durch

Tatsachen gestützt war, sondern eine auf die Mentalität der US-amerikanischen Bevölkerung abgestimmte Kriegspropaganda war, offenbarte General a.D. Brent Scowcroft in einem Interview. Scowcroft, der unter den Präsidenten Gerald Ford und George Bush Chef des Nationalen Sicherheitsrats der USA war und auch heute die US-Regierung berät, antwortete auf die Frage, ob es sinnvoll sei, von einem „Krieg“ gegen den Terrorismus zu sprechen: „Ja und nein. Sinnvoll, weil Krieg der Mobilisierung dient; das ist hier in den USA und auch in den meisten anderen Ländern der Welt notwendig, mit denen wir eine große Allianz bilden wollen. In den ersten Tagen war die Rede vom Krieg vor allem ein Weckruf. Die Wortwahl hat ihren Zweck erfüllt. Andererseits ist Krieg ein etwas irreführender Begriff, was die Natur des Konflikts angeht. ...Nichtmilitärische Maßnahmen sind effizienter als jedes Kriegsszenario. Aber es gibt natürlich in Amerika das Bedürfnis nach einem Militärschlag als Antwort auf die schrecklichen Angriffe. Diese Erwartung muss irgendwie erfüllt werden.“ Auf die Frage, ob Osama bin Laden als zentrale Figur des Terrorismus nicht überschätzt werde, antwortete Scowcroft: „Vermutlich. In Wahrheit wissen wir nicht besonders viel von ihm. Er ist eine, aber vielleicht nicht einmal die zentrale Figur in einer sehr losen Koalition von Zellen und Gruppen, die manchmal autonom, manchmal gemeinsam operieren. Er ist zu einem nützlichen Symbol geworden. Wer von bin Laden spricht, meint ihn stellvertretend für terroristische, hassgetriebene Kräfte.“³⁹

Schließlich sei gerade nach dem 11. September 2001 daran erinnert, dass es 1993 schon einmal einen Anschlag auf das New Yorker World Trade Center gegeben hatte. Bei diesem Sprengstoff-Anschlag starben sechs Menschen und mehr als Tausend wurden verletzt. Der ehemalige Bundesminister und Geheimdienst-Experte Andreas von Bülow erinnerte kürzlich in einem Interview daran, wie die US-Geheimdienste damals mit den von einem ehemaligen ägyptischen Offizier angeführten Attentätern kooperiert hatten. Denn diese waren „trotz Einreiseverboten des State Department von der CIA ins Land gelotst worden. Gleichzeitig war der Chef der Bande Informant des FBI. Und er verein-

barte mit den Behörden: Im letzten Moment werde das gefährliche Sprengmaterial durch ein harmloses Pulver ersetzt. Das FBI hielt sich nicht daran. Die Bombe ist sozusagen mit Wissen des FBI hochgegangen. Die offizielle Tatversion war rasch gefunden: Täter waren böse Muslime.“⁴⁰

KRIEGE FÜR EINE „NEUE WELTORDNUNG“

Gerade, weil inzwischen kaum noch jemand glaubt, dass es beim Golfkrieg 1991 nicht um Erdöl gegangen und das Ziel der Bombardierung Jugoslawiens die Verwirklichung der Menschenrechte gewesen sei, soll die mit größtem Medienaufwand betriebene Propagierung des Krieges gegen Afghanistan und der bereits angekündigten weiteren Kriege als „Anti-Terror-Kriege“ den Eindruck vermitteln, dass diese neuen Kriege nichts mit dem Golfkrieg II und dem Krieg gegen Jugoslawien zu tun hätten. Wie gerade die nunmehr offene Infragestellung des noch geltenden Völkerrechts durch die gegenwärtige US-Regierung sowie die demonstrative Behandlung ihrer NATO-Verbündeten als „tributpflichtige Vasallen“ zeigt, handelt es sich nur um eine weitere Stufe der allseitigen Durchsetzung der Weltherrschaft der USA als der „einzigen Weltmacht“.

In seinem Plädoyer für eine weltumspannende „Pax Americana“ hatte Karl Raimund Popper unmittelbar nach dem Golfkrieg II gefordert: „Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, für den Frieden Krieg zu führen. Das ist unter den gegebenen Umständen nicht vermeidbar. Es ist traurig, aber wir müssen es tun, wenn wir unsere Welt retten wollen...Wir müssen für den Frieden Krieg führen.“⁴¹ Mit der Zielsetzung, durch Kriege „unsere Welt zu retten“ ist gemeint, mit Waffengewalt auch weiterhin zu sichern, dass die 20 Prozent der Menschheit in den reichsten kapitalistischen Industrieländern 80 Prozent der Ressourcen dieser Erde verbrauchen können und die „restlichen“ 80 Prozent der Menschheit sich mit dem zu begnügen haben, was dann noch übrig bleibt.

Zur massenwirksamen Rechtfertigung von Kriegen ist der „Anti-Terrorismus“, wie die jüngste Entwicklung zeigt, noch wirksamer als vordem das Konzept der „humanitären Interventionen für Menschenrechte“. Auf Grund seines ausgesprochen manichäischen Charakters erweist er sich bis hin zur entsprechenden Personifizierung des Feindes als eine wahre „moralische Keule“. Dabei ist die kriegsideologische Formel vom „Krieg gegen Terrorismus“ genauso verlogen wie es die Formel vom „Krieg für Menschenrechte“ war. So ist es schon aufschlussreich, wenn Jan Ross aus einem Artikel von Henning Ritter in der *FAZ* zitiert: „Seit dem 11. September ist der Begriff der Menschenrechte politisch unbrauchbar geworden“ und dann lapidar feststellt: „Terrorismusbekämpfung hat den Begriff der Menschenrechte als Argument für westliche Interventionen ersetzt.“⁴²

Das entspricht genau der Alibifunktion, die Joseph S. Nye jr., 1994/95 Abteilungsleiter im US-Verteidigungsministerium, humanitären Erklärungen in einem Beitrag zur Neubestimmung der Ziele der NATO mit den Worten zugewiesen hatte, es sollten „NATO-Staaten ganz allgemein die Anwendung von Gewalt vermeiden, wenn es sich nicht um Fälle handelt, in denen unsere humanitären Interessen durch zusätzliche wichtige strategische Interessen verstärkt werden“.⁴³

Tatsächlich geht es den USA auch im Falle Afghanistans um ganz handfeste ökonomische und geostrategische Ziele. So resümierte James Schlesinger, Energieminister unter Präsident Carter, in einem Vortrag („Geopolitischer Wandel und Energiemarkt“) vor dem 15. Kongress des Weltenergierats in Madrid: „Aus dem Golfkrieg hat das amerikanische Volk gelernt, dass es wesentlich einfacher und weitaus lustiger ist, den Leuten im Nahen Osten in den Hintern zu treten, als selbst Opfer zu bringen, um die Abhängigkeit Amerikas von Ölimporten zu verringern.“⁴⁴ Es gibt inzwischen zahlreiche Hinweise darauf, dass die Erschließung der Energieressourcen des Kaspischen Raumes und ihre Sicherung für die US-Monopole ein Hauptziel des Krieges gegen Afghanistan ist. „In Afghanistan wird nicht nur gegen den Terror, sondern auch

um Öl und Gas gekämpft – von einer US-Regierung, die eng mit der Ölindustrie verbunden ist.“⁴⁵ Faktisch hat Bill Richardson, Energieminister in der Clinton-Administration, die jetzt mit der Installierung von US-Militärstützpunkten in den ehemaligen asiatischen Sowjetrepubliken systematisch begonnene Eroberung des kaspischen Raumes bereits frühzeitig so angekündigt: „Es geht um Amerikas sichere Energieversorgung. Und auch darum, strategische Querschläge durch die zu verhindern, die unsere Werte nicht teilen. Wir versuchen, die neuerdings unabhängigen Länder nach Westen zu bewegen. Wir möchten, dass sie sich auf westliche wirtschaftliche und politische Interessen ausrichten, statt andere Wege zu gehen. Wir haben politisch erheblich in die kaspische Region investiert, und für uns ist es sehr wichtig, dass die Pipelinekarte und die Politik zusammenpassen.“⁴⁶ Auf dem Programmforum „Sicherheit für Deutschland“, mit dem die SPD am 21. Januar 2002 den Bundestagswahlkampf eröffnete, erklärte der ehemalige Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping mit nun kaum noch zu überbietender Deutlichkeit, warum deutsche Soldaten z.B. nach Afghanistan geschickt wurden: „In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen.“⁴⁷

Zentrale Bedeutung für die geostrategische Beherrschung der Regionen, in denen sich die wichtigsten Energie-Ressourcen befinden, misst die US-Regierung der Einrichtung von Militärstützpunkten bei. Aufschlussreich ist dafür, was Willy Wimmer, CDU-Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, über eine im Mai 2000 in Bratislava vom US-Außenministerium organisierten Konferenz berichtet, zu deren Teilnehmern Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsminister und hohe Militärs der NATO gehörten: „Auf dieser Konferenz spielte im Prinzip all das, was uns zwischen 1992 und 1999 berührt hat, keine Rolle mehr. Da wurde in aller Klarheit gesagt: Der Grund, warum wir auf den Balkan gegangen sind, liegt in

den Versäumnissen des Zweiten Weltkrieges, als Eisenhower es unterließ, dort Bodentruppen zu stationieren. Das mussten wir unter allen Umständen nachholen. Warum? Aus den Gründen, die immer mit für der Stationierung von Bodentruppen verbunden sind, nämlich Kontrolle über eine Region zu bekommen. Das lässt sich weder von Flugzeugen noch von Schiffen aus machen.⁴⁴⁸ Nicht anders verfahren die USA im Afghanistankrieg, den sie dazu nutzen, in der gesamten Region, darunter auch in ehemaligen Sowjetrepubliken wie Usbekistan und Kirgisien Stützpunkte anzulegen. Dass dabei eine Nutzung weit über den Krieg gegen Afghanistan hinaus geplant ist, offenbarte Konteradmiral Craig Quigley vom Central Command der US-Streitkräfte in Tampa mit den Worten, „es ist von großem Wert ... weiterhin rund um Afghanistan an unterschiedlichen Orten Flugplätze zu bauen, die im Laufe der Zeit unterschiedliche Funktionen erfüllen können.“⁴⁴⁹

VERSUCH, DIE WELTGESCHICHTE RÜCKGÄNGIG ZU MACHEN

Wir haben es gegenwärtig immer offenkundiger mit dem sehr ernst zu nehmenden Versuch der „einzigen Weltmacht“ und ihrer „Vasallen“ zu tun, nach dem Scheitern des ersten, mit der russischen Oktoberrevolution begonnenen Versuchs zur Verwirklichung einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus nun auch wesentliche Errungenschaften der bürgerlichen Revolutionen und der antikolonialen Befreiungsbewegung wieder rückgängig zu machen. In diesem Sinne schrieb der Mitherausgeber der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*, Josef Joffe, „der Mauerfall am 9. November 1989“ markiere „das Ende des totalitären Zeitalters überhaupt, das genau 200 Jahre zuvor mit der Französischen Revolution begonnen hatte.“⁵⁰

Nichts macht diese gefährliche Entwicklung deutlicher als die planmäßige und systematische Zerstörung des seit dem Westfälischen Frieden von 1648 entwickelten **Völkerrechts**, das in der UN-Charta seine bisher weitestgehende Demokratisierung und

Humanisierung erfahren hat und die Rückkehr zum **Faustrecht** in den internationalen Beziehungen. Deshalb nahmen die Hamburger Friedensforscher Dieter S. Lutz und Reinhard Mutz den zweiten Jahrestag des Beginns der NATO-Aggression gegen Jugoslawien zum Anlass, in einem Offenen Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages festzustellen: „Unsere erste Sorge betrifft die Rolle des Rechts bei der Gestaltung von Frieden und Sicherheit, ferner das Gewicht von Recht unter Einschluss seiner Fortentwicklungsmöglichkeiten sowie die Gefahr seiner Verletzung und seines Missbrauchs.“ Diese Sorge begründeten sie mit der Einschätzung: „Die Interventionsstaaten haben ... einen rechtswidrigen Angriffskrieg geführt. Sie haben, indem sie sich über das Aggressionsverbot hinwegsetzten, das oberste Anliegen der Völkergemeinschaft diskreditiert, ‚Frieden durch Recht‘ zu gestalten und auf diese Weise ‚künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren‘.“⁵¹

Willy Wimmer veranlasste die schon erwähnte Konferenz in Bratislava, an Bundeskanzler Gerhard Schröder einen Brief zu schreiben, der mit der Warnung schloss: „Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von zwei Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen. Wo internationales Recht im Wege steht, wird es beseitigt... Als eine ähnliche Entwicklung den Völkerbund traf, war der zweite Weltkrieg nicht mehr fern.“⁵² Bundeskanzler Schröder hat diese Warnung offenkundig ignoriert. Deshalb machte Willy Wimmer diesen Brief im Jahre 2001 schließlich öffentlich und erklärte dazu in einem Interview warnend, „wenn wir nicht zu der globalen Rechtsordnung zurückkehren, bekommen wir das Faustrecht“. Denn: „Es gibt eine durchgehende Linie einsamer Entscheidungen aus Washington, vom Kyoto-Protokoll bis zum ABM-Vertrag, wo man sich fragt: Wollen die denn alles beseitigen, was bisher Zusammenarbeit und völkerrechtliche Verbindlichkeit ermöglicht hat?“⁵³

Wie zielstrebig USA und NATO Kriege als Mittel zur Zerstörung des offiziell immer noch geltenden Völkerrechts einsetzen, wird

daran deutlich, dass Bundeswehrgeneral Klaus Naumann, der zusammen mit US-General Wesley Clark für die militärische Planung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien verantwortlich war, diesen Krieg allen Ernstes als „Geburtshelfer in der Weiterentwicklung des Völkerrechts“ bezeichnet und das so erläutert hat: „Mit dem Kosovo-Krieg ist meiner Ansicht nach das sogenannte Territorial-Prinzip außer Kraft gesetzt worden. ... Was im Westfälischen Frieden von 1648 Grundlage der internationalen Politik wurde, ist durch das Handeln der NATO im Fall Kosovo außer Kraft gesetzt worden. Das Beispiel wird vermutlich in der weiteren Entwicklung eine wichtige Rolle spielen.“⁵⁴ Wie sehr diese Sicht in konservativen Kreisen bereits als „normal“ angesehen wird, verdeutlichen zwei Politologen damit, dass sie im Zusammenhang mit den von der NATO für die Zukunft ins Auge gefassten Kriegen ganz selbstverständlich vom „modernen Genre der demokratischen Interventionskriege nach der Art des Golf-Krieges oder des Kosovo-Krieges“ schrieben.⁵⁵

Noch deutlicher zeigt sich der reaktionäre imperialistische Charakter jener Kriege, die die US-Regierung gegenwärtig weltweit medienwirksam als „Krieg gegen den Terrorismus“ inszeniert, in der unverhüllten **Forderung nach einem neuen Kolonialismus**. So schrieb der konservative britische Historiker Paul Johnson im *Wallstreet Journal* vom 9. Oktober 2001 unter der Überschrift „Die Antwort auf den Terrorismus? Kolonialismus“: „Amerika und seine Verbündeten werden vielleicht, zumindest zeitweilig, halsstarrige Terroristenstaaten nicht nur mit Truppen besetzen, sondern auch verwalten müssen. Das mag schließlich nicht nur in Afghanistan nötig sein, sondern auch im Irak, im Sudan, in Libyen, dem Iran und Syrien. ... Mir scheint, dass die mittelfristig beste Lösung die Wiederbelebung des Mandatsystems des alten Völkerbundes wäre, das zwischen den Weltkriegen als ‚respektable‘ Form des Kolonialismus gute Dienste leistete. Syrien und Irak waren einmal äußerst erfolgreiche Mandatsgebiete und auch Sudan, Libyen und der Iran waren durch internationale Abkommen besonderen Regierungsformen unterworfen worden. ... Wenn alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats in unterschiedlichem

Maße die amerikanische Initiative unterstützen, wie das jetzt der Fall ist, dann sollte es nicht zu schwierig sein, eine neue Form des UNO-Mandats zu entwerfen, das terroristische Staaten einer verantwortungsvollen Aufsicht unterstellt.“⁵⁶ Zwei Tage zuvor hatte Martin Wolf, Kolumnist der *Financial Times* für Fragen der Weltwirtschaft, die Zielsetzung dieses neuen Kolonialismus noch deutlicher mit den Worten auf den Begriff gebracht: „Das Ziel muss eine Änderung unserer Auffassung von nationaler Souveränität sein – dem Eckstein der heutigen Welt.“⁵⁷ Am 15. Oktober 2001 schließlich votierte der Redakteur der Meinungsseite des Wall Street Journal, Max Boot, in der Zeitung *Australian* dafür, „aufsässige Nationen mit einer Dosis US-Imperialismus zu kolonisieren“. „Es ist auffällig und kein Zufall, dass die USA jetzt die Aussicht auf ein militärisches Eingreifen in vielen derjenigen Länder haben, in denen Generationen britischer Kolonialsoldaten gekämpft haben. Afghanistan, Sudan, Libyen, Ägypten, Arabien, Mesopotamien (Irak), Palästina, Persien, die Nordwest-Grenze (Pakistan) – das alles sind Regionen, wo im 19. Jahrhundert die Autorität alter Reiche zerfiel und westliche Armeen die resultierende Unordnung befrieden mussten. Afghanistan und andere problembeladene Länder schreien heute nach solch aufgeklärter ausländischer Verwaltung, wie sie einmal von selbstbewussten Engländern in Kolonialuniformen und -helmen geleistet wurde. ... Einseitige US-Herrschaft ist vielleicht keine Option mehr. Aber die USA können eine internationale Besatzungsmacht unter UN-Mandat und in Kooperation mit einigen moslemischen Staaten anführen.“⁵⁸

In dieser US-Strategie einer neuen Kolonialisierung hat das hochgerüstete Israel einen festen Platz.⁵⁹ Das Bestreben Israels, seine inzwischen 35 Jahre währende Besetzung Palästinas mit immer brutalerem Waffeneinsatz zu verewigen, seine Politik des systematischen Landraubs mit dem Ziel, den Palästinensern faktisch ein Apartheidregime aufzuzwingen, sind nicht nur völkerrechtswidrig, sondern dem Wesen nach auch zutiefst kolonialistisch.

DAS IMPERIUM IST SCHWÄCHER ALS ES GEGENWÄRTIG SCHEINT

Ohne Zweifel verfügen die USA noch über historisch beispiellose Potenzen. Am stärksten ist die „einzige Weltmacht“ militärisch, weshalb sie im Kampf um die „Neue Weltordnung“ vor allem auf den Einsatz ihrer Militärmacht setzt. Dennoch sind die USA schwächer, als das besonders seit dem Beginn des „antiterroristischen Krieges“ erscheint. Selbst Brzezinski weiss offenkundig um die Grenzen und das schließlich unvermeidliche Ende US-amerikanischer Weltherrschaft und der von ihr bestimmten „Pax Americana“. Denn er verlangt von der Politik der USA, „ein doppeltes Ziel zu verfolgen: die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der die mit sozialen und politischen Veränderungen unvermeidlich einhergehenden Erschütterungen und Belastungen dämpfen und sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln kann.“⁶⁰

Tatsächlich sind die USA schon heute schwächer als sie, insbesondere nach der Inszenierung ihres „Anti-Terror-Krieges“, erst einmal erscheinen. Bereits 1999 hatte Samuel P. Huntington warnend geschrieben: „Während die Vereinigten Staaten regelmäßig mehrere Länder als ‚Schurkenstaaten‘ brandmarken, werden sie selbst in den Augen vieler Länder zur Schurken-Weltmacht.“⁶¹ Das zeigte sich z.B. am 25. September 2001, also wenige Tage nach den Terror-Anschlägen auf New York und Washington, als 167 der 189 UN-Mitgliedsstaaten – unter ihnen Deutschland – in einer Resolution der Vollversammlung die Aufhebung des Jahrzehnte alten US-Embargos gegen Kuba verlangten. Gegen diese Resolution stimmten außer den USA noch zwei Staaten: Israel und die Marshallinseln.⁶²

Wie weit die USA international tatsächlich isoliert sind, zeigte sich auf der dritten Weltkonferenz der UNO gegen Rassismus in Durban. Mehr als 10.000 Delegierte aus aller Welt und die Ver-

treter von 3.000 NGO hatten sich dort versammelt, um neben der Frage, wie rassistisch der Zionismus Israels ist, insbesondere auch den Rassismus der alten Kolonialmächte aufzuarbeiten und dabei auch die Frage zu beantworten, „ob und wie die USA zur Entschädigung für die Epoche der Sklaverei zur Rechenschaft gezogen werden sollen und können“. ⁶³ Gerade weil die USA sich in den vergangenen Jahren nachdrücklich für Wiedergutmachungsleistungen an die Zwangsarbeiter des Nazi-Regimes eingesetzt hatten, wirkte es um so befremdlicher, dass sie in Durban zusammen mit ihren europäischen Verbündeten jede Diskussion über die Entschädigung auch nur eine Entschuldigung, die andere Opfergruppen betrifft, zu unterbinden suchten. Das wurde dann auch von der Mehrzahl der in Durban anwesenden Staaten folgerichtig als Ausdruck eines Rassismus gewertet, der dem Nazi-Staat nur wegen dessen Verbrechen gegen Juden und andere Weiße nicht verzeiht und weil dieses Deutschland „in Europa kolonialistische Methoden anwandte, die bisher den algerischen Arabern, den indischen Kulis und den afrikanischen Negern vorbehalten waren“. ⁶⁴ Da sich die USA und Israel in Durban in einer historisch beispiellosen Isolierung befanden, verließen ihre Delegationen am 4. September 2001 – genau eine Woche vor den Anschlägen auf New York und Washington – fluchtartig die Weltkonferenz gegen Rassismus. Wahrlich kein Zeichen von Stärke, eher schon eine ohnmächtige Reaktion darauf, *dass immer mehr Staaten nicht länger hinnehmen, nach anderen internationalen Normen behandelt zu werden als sie die imperialistischen Staaten für sich beanspruchen.*

Das betrifft in besonderer Weise die **Menschenrechte**. Und zwar nicht in jener selektiven Instrumentalisierung, die für die Regierungen aller NATO-Staaten typisch ist, sondern in der Einheit und wechselseitigen Bedingtheit von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wie sie in der Universalen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und in den beiden Menschenrechtspakten von 1966 völkerrechtlich verbindlich festgelegt sind. Das wissen die Völker heute weltweit und das macht den Politikern der USA und der anderen großen kapitalistischen

Mächte Angst. Kurt Biedenkopf artikuliert diese Angst mit den Worten: „Wie wollen wir uns gegen den Anspruch der Armen dieser Erde schützen, mit ihnen zu teilen, wenn wir kaum bereit sind zu teilen. ... Welche kriegerischen Gefahren erwachsen uns aus diesen Entwicklungen? Können wir die Menschenrechte noch aufrecht halten, jetzt, wo sie allenthalben anerkannt werden, wenn fremde Völker in unser Land drängen, unsere kulturellen Wurzeln bedrohen?“⁶⁵ Dieser Interessenkonflikt löst bei Biedenkopf regelrechte Angstträume aus.⁶⁶ Schließlich bekennt er sogar, er habe zunehmend „den Eindruck, dass unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Zenit ihrer Entwicklung angelangt ist. Im Grunde hat sie damit keine Zukunftsperspektive mehr. Die Art, wie wir leben, ist nicht verallgemeinerungsfähig. ... Das heißt aber, dass die Fortführung unserer eigenen Lebensweise nur möglich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickelten Industrienationen, vorbehalten bleibt.“⁶⁷ Genau das aber – die Fortsetzung dieser die Zukunft der ganzen Menschheit bedrohenden Weltwirtschaftsordnung ist das Hauptziel der Kriege, die die USA und ihre „tributpflichtigen Vasallen“ nunmehr unter der Flagge des „Anti-Terrorismus“ und faktisch auch eines neuen Kolonialismus zu führen begonnen haben. Das, was gegenwärtig in Afghanistan unter Instrumentalisierung der UNO versucht wird, erinnert Eric Hobsbawm „an die Zeit nach 1918, wenn neue Kolonien als Völkerbundmandate getarnt wurden“ und er warnt: „Das allergrößte Risiko, das sich schon seit zehn Jahren zeigt, besteht darin, dass koloniale Okkupation nichts verbessert. In Bosnien, im Kosovo, in Mazedonien hat diese neue fremde Okkupation keineswegs die gewünschte Stabilität gebracht.“⁶⁸

GERECHTER FRIEDEN ODER KEIN FRIEDEN

In der Erklärung der deutschen katholischen Bischöfe „Gerechter Friede“ vom 27. September 2000 wird die fortdauernde Ungeerechtigkeit, die darin besteht, dass die 20 Prozent der Weltbevöl-

kerung in den Industriestaaten etwa 80 Prozent des globalen Ressourcenverbrauchs beanspruchen, als „ein ständiger Gefahrenherd für den Frieden“ bezeichnet und nachdrücklich festgestellt: „Wer den Frieden will, muss Gerechtigkeit wollen“. ⁶⁹ Was aber bedeutet es, eine „gerechtere Weltordnung“ zu wollen? Es handelt sich um ein Problem, dessen Lösung keinesfalls „per Spendenkonto“ möglich ist, sondern weitreichende Konsequenzen gerade für uns in den reicheren Ländern einschließt.

Der leider sehr jung verstorbene Sozialtheoretiker Panajotis Kondylis hat die Problematik, um die es bei Krieg und Frieden vor allem geht, in seinem letzten Werk als wirtschaftlichen Verteilungskonflikt definiert und tut dann genau das, was Politiker wie Biedenkopf fürchten; er stellt die Menschenrechtsfrage: „Der Streit über die Interpretation der ‚Menschenrechte‘ muss sich ... in einen Streit von Menschen über das verwandeln, was sie jeweils für die eigenen Rechte halten. Dieser Interpretationsstreit hat längst zwischen ‚Nord‘ und ‚Süd‘ bzw. ‚West‘ und ‚Ost‘ angefangen und er verschärft sich in dem Maße, wie die Milliarden des Südens bzw. des Ostens die ‚Menschenrechte‘ materiell auslegen und eine wesentliche Umverteilung des Weltreichtums ohne Rücksicht auf die Ethik der Satten fordern.“ ⁷⁰ Nach dieser „Ethik der Satten“ ist es „normal“, wenn weltweit täglich 100.000 Menschen verhungern oder im Jahre 2000 allein in Afrika zweieinhalb Millionen Menschen mit Waffen umgebracht wurden, die in den reichen Ländern produziert worden sind. Nach dieser „Ethik der Reichen“ geht es in Ordnung, wenn die USA erklären, sie hätten keine Mittel, um sich an der Finanzierung des globalen Klimaschutzes zu beteiligen und wenige Wochen später – nach den Anschlägen vom 11. September 2001 – durch ihren Kongress einstimmig 20 Milliarden Dollar für einen längeren Krieg bewilligen lassen. ⁷¹

Der Einstieg in eine gerechtere Weltordnung, wenn sie denn ernsthaft gewollt ist, könnte der Schuldenerlass für die ärmsten Länder oder der Erlass aller Schulden sein, die die Entwicklungsländer eigentlich durch ihre bisherigen Zahlungen bereits zurückgezahlt

haben. Früher oder später muss es dann aber zur Beseitigung jener „fünf Monopole“ kommen, die das Großkapital der Industrie- und Finanzmultis sowie die in ihren Diensten stehenden Staaten gegen die armen Länder bisher mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten suchen. Nach Samir Amin sind das: „1. das Monopol der neuen Technologien; 2. das der Kontrolle über die globalen Finanzströme; 3. die Kontrolle des Zugangs zu den Bodenschätzen des Planeten; 4. die Kontrolle der Kommunikationsmittel und Medien; 5. das Monopol der Massenvernichtungswaffen.“⁷²

Ernst-Otto Czempel betont, *Verteilungsgerechtigkeit* zu erhöhen „ist nicht nur eine Forderung der Moral und der Humanität, der mitmenschlichen Sympathie und der Caritas, sie ist in allererster Linie eine Forderung moderner Sicherheitspolitik. Das muss in die Köpfe der Politiker gebracht werden.“⁷³ Eng mit der Verteilungsgerechtigkeit verbunden ist das Problem der „Gemeinsamen Sicherheit“ bzw. gleicher Sicherheit für alle Staaten, ob groß oder klein. Dieter S. Lutz, der die überragende Bedeutung dieses sich aus der UN-Charta ergebenden Prinzips betont, schätzt ein: „Dass mit dem Ende des Kalten Krieges auch die eigene Verwundbarkeit verschwunden sei und deshalb auf die Fortführung des Dialogs weitgehend verzichtet werden könnte oder sogar – je nach Perspektive – sogar durch technische Mittel wie Raketenabwehrprogramme kompensierbar würde, war und ist dagegen ein dramatischer Irrglaube der ‚machttrunkenen Sieger‘.“⁷⁴ Ganz im Sinne gleicher Sicherheit für alle Staaten bezeichnet Samir Amin die Politik der USA und ihrer Verbündeten gegenüber den Staaten der Dritten Welt in Hinblick auf die Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen als „heuchlerischen Diskurs, der hinnehmen lassen soll, dass der Westen die Mittel behält, die anderen Völker mit dem Genozid zu bedrohen, ohne selbst in Gefahr zu geraten!“⁷⁵

Durch den von den USA als „Anti-Terror-Krieg“ inszenierten weiteren Krieg für eine „Pax Americana“, d.h. die Erreichung wirklicher Weltherrschaft, haben sich die Chancen für eine globale Friedensordnung, die diesen Namen verdient, erheblich ver-

schlechtert. Insbesondere seit dem Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien haben die USA und ihre Verbündeten eine Praxis der Selbstmandatierung für Kriege entwickelt, die das Faustrecht an die Stelle des in der UNO-Charta verankerten Völkerrechts setzt. Wirklicher Frieden ist nur als gerechter Frieden möglich, als ein Frieden, der allen Staaten, ob groß oder klein, gleiche Sicherheit und allen Menschen gleiche Lebenschancen gewährleistet. Angesichts der Vernichtungswirkung der heute vorhandenen Waffensysteme und des ökologischen Gefahrenpotentials hat die Menschheit nur eine Zukunft, wenn sie rechtzeitig eine globale Friedensordnung verwirklicht. Dafür aber ist es so dringend wie noch nie seit dem Beginn des nuklearen Zeitalters, Geist und Buchstaben der UN-Charta zur Richtschnur der internationalen Politik zu machen. Dazu gehört angesichts der Hysterie, mit der alle Staaten zu „Feinden der Zivilisation“ erklärt werden, die sich nicht vorbehaltlos der USA-Politik unterordnen, insbesondere die bewußte und zielstrebige Rückbesinnung auf die UN-Charta, die auf dem „Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“ beruht, den Angriffskrieg ächtet und im Interesse des Weltfriedens fordert, „eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen.“

Dieses große Ziel einer gerechteren und dadurch friedlicheren Welt vor Augen, sollten wir für die nächste Zeit als Schwerpunkte unseres Kampfes folgende Teilziele anstreben:

- Ächtung und Abrüstung der nuklearen, chemischen und biologischen Massenvernichtungsmittel;
- Delegitimierung des Waffenhandels;
- Reduzierung der Rüstungsausgaben und der Rüstungsproduktion;
- Durchsetzung des Primats ziviler Konfliktprävention und Konfliktlösung.

Lassen wir uns bei alledem jederzeit von jenem weisen Sprichwort leiten, das bei allen Völkern als Grundnorm verantwortungsbewußten menschlichen Verhaltens gilt und das da lautet: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg‘ auch keinem andern zu!“ .Das ist auch der Grundinhalt jenes Kategorischen Imperativs, den Immanuel Kant 1788 in seiner Schrift „Kritik der praktischen Vernunft“ in die Worte gefasst hat: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

- 1 - E.-O.Czempiel: Schlägt die Globalisierung zurück ? In: H. Hoffmann/W.F.Schoeller (Hg.): Wendepunkt. 11. September 2001. Köln 2001, S.236.
- 2 - Ebenda, S. 238.
- 3 - Vgl.:J.-Ch. Brisarrd/G.Dasquié: Die verbotene Wahrheit. Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden. Zürich u. München 2002; M. Baraki: Die Talibanisierung Afghanistans. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Bonn, Nr.11/2002; G. Steinberg: Usama bin Laden und Saudi-Arabien. Hintergründe der Terroranschläge des 11. September. In: Konrad-Adenauer-Stiftung/Auslands-Informationen, Sankt Augustin 17(2001)11.
- 4 - Vgl. M. Baraki: A.a.O., S. 1350.
- 5 - Zit. nach: W. Adolphi: Zäsur 11. September. In: UTOPIEKreativ.Berlin, Nr. 133, November 2001, S.980.
- 6 - Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Weinheim u. Berlin 1997, S. 41.
- 7 - In diesem Sinne charakterisiert Christian Schmidt-Häuer z.B. die Funktion, die der UNO durch die Petersberger Konferenz über Afghanistan nach dem militärischen Sieg der USA zugeordnet worden ist, als die eines „Konsortiumsführer(s) für die Trümmerarbeit, die Amerika hinterlässt“. Ch. Schmidt-Häuer:Hass auf Bestellung. In: Die Zeit. Hamburg, Nr. 49 v. 29.11.2001, S. 11.
- 8 - N. Paech: Die UNO als Subunternehmer.In: Ossietzky. Berlin, Nr.1/2002, S.5.
- 9 - Nach: A. Charisius/J. Mader: Nicht länger geheim. Berlin 1969, S.316.
- 10 - fluter. Bonn, Ausg. 01, Dezember 2001, S.10.
- 11 - G. M. Bravo: Terrorismus. In: H. J. Sandkühler (Hg.):Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften. Bd. 4, Hamburg1990, S.569.
- 12 - M. Chemillier-Gendreau: Kein Kriegsverbrechen ohne Krieg. In: Le Monde diplomatique (deutsche Ausg.) Berlin, Dezember 2001, S. 7.
- 13 - Dieses Kapitel findet sich auch (allerdings ohne Anmerkungen) in: H.Hoffmann/W.F.Schoeller (Hg.):Wendepunkt. 11.September 2001. Köln 2001, S.42 ff..
- 14 - B. Hoffman: Terrorismus - der unerklärte Krieg. Aktualisierte Ausgabe. Frankfurt/M. 2001, S.30.
- 15 - Ebenda, S. 40.
- 16 - Ebenda, S. 41 f.
- 17 - E.-O. Czempiel: A.a.O., S.237 f.
- 18 - N. Chomsky: Die Kultur, in der wir leben. In: junge Welt, Berlin, 3. 1. 2002, S. 11.
- 19 - Vgl. u.a.: E. Woit: Zivilbevölkerung als Objekt der Kriegführung. In: Marxistische Blätter. Essen, H.4/1995, S. 64 ff..
- 20 - Vgl.: E. Woit: Auch mit Gewalt? Wege und Irrwege zur Durchsetzung der Menschenrechte. In: Marxistische Blätter. Essen, H. 1/2001, S. 53 ff.; auch als Broschüre im pad-Verlag, Witten/Dortmund 2001.
- 21 - Vgl. z.B.: E. Kowaljow/W. Malyschew: Terror. Drahtzieher und Attentäter. Berlin 1986; B. Hoffmann: Terrorismus – der unerklärte Krieg. Frankfurt/M. 1999; I. u. H. Schäfer: Mord-Komplot. Der Staatsterrorismus der USA vom US-Senat dokumentiert, von George W. Bush wieder legalisiert. Ossietzky. Berlin, Sonderdruck Dezember 2001.
- 22 - U. Avnery: Taub sind die Krieger. In: Freitag. Berlin, Nr. 47 v. 16.11.2001, S. 4.
- 23 - The Wall Street Journal, New York, 24. 5.1961. Nach: A. Charisius/J. Mader: Nicht länger geheim. Berlin 1969, S. 352.

- 24 - Ch Johnson: Ein Imperium verfällt. München 2000, S. 26.
- 25 - IGH ICJ Reports 1986, § 268, S. 135. Nach: N. Paech/G. Stuby: Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen. Hamburg 2001, S. 558.
- 26 - J. Bittner: Heiße Spuren aus dem Kalten Krieg. In: Die Zeit. Hamburg, Nr. 47 v. 15.11.2001, S. 12.
- 27 - G. Gaus: Der Terror der Hysterie. In: Freitag. Berlin, Nr. 47, 16.11.2001, S. 1.
- 28 - Vgl.: G. Stuby: Internationaler Terrorismus und Völkerrecht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn. Nr. 11/2001.
- 29 - Ch. Schmidt-Häuer: „Den Freunden ins Auge gestochen“. In: Die Zeit. Hamburg, Nr. 43 v. 18.10.2001, S. 4.
- 30 - Vgl.: J. Willms: Im Morgengrauen. Bushs Militärtribunale widersprechen dem Rechtsstaat. In: Süddeutsche Zeitung. München, 17.11.2001.
- 31 - Die Zeit. Hamburg, Nr. 51 v. 13.12.2001, S. 10.
- 32 - N. Chomsky: War Against People. 2. Aufl. Hamburg u. Wien 2001, S. 116.
- 33 - Nach Bundeswehr-Oberstleutnant Jürgen Rose war die gegenwärtig gültige Luftkriegsdoktrin der U.S.Air Force bereits im Frühjahr 1988 von dem damaligen Colonel John A. Warden III entwickelt worden und hatte bereits den Luftkrieg gegen den Irak 1991 maßgebend geprägt. „Den Kern des strategischen Ansatzes Wardens stellt sein sogenanntes ‚Fünf-Ringe-Modell‘ dar. Ausgehend von einer systemtheoretischen Betrachtungsweise beschreibt Warden einen potentiellen Gegner als ein System konzentrisch angeordneter Ringe, deren strategische Relevanz von innen nach außen abnimmt. Angewendet auf einen feindlichen Staat definiert Warden dieses System der gestaffelten Ringe folgendermaßen: Im Zentrum befindet sich die politische und militärische Führungsspitze. Darum gruppieren sich die Schlüsselindustrie, die Transport-Infrastruktur, die Zivilbevölkerung und ganz außen das Militär....Hervorzuheben ist, dass diese Luftkriegsdoktrin ganz bewusst auf die Zerstörung der Lebensgrundlagen eines Staates abzielt und insbesondere auch die Zivilbevölkerung selbst zum expliziten Ziel deklariert.“ (J. Rose: Der Januskopf – zur Rolle des Militärs im Kontext der Globalisierung. Mainzer Institut Recht und Zukunftsverantwortung. Diskussionspapier Nr. 7, S.14 f.)
- 34 - junge Welt, Berlin, 9. 1. 2002, S. 7.
- 35 - Es ist in diesem Zusammenhang aufschlußreich, dass der US-Terrorismus-Experte Bruce Hoffman dort, wo er auf das humanitäre Kriegsvölkerrecht eingeht, die Existenz dieses 2. Zusatzprotokolls ganz einfach ignoriert. (Vgl. B. Hoffman: A.a.O., S.43)
- 36 - Vgl.u.a.: E. Woit: Kriegsursachen, Kriegsversucher, Kriegsmacher. In: R.-M. Luedtke/P. Strutynski (Hg.): Dem Krieg widerstehen. (Kasseler Schriften zur Friedenspolitik. Bd. 6). Kassel 2001, S.58 ff.
- 37 - Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M., 5.9.2001. Zit. nach: Wissenschaft & Frieden, Bonn, Nr. 4/2001, S. 4.
- 38 - R. Clark: Wüstensturm. US-Kriegsverbrechen am Golf. Göttingen 1993, S.64.
- 39 - Der Spiegel. Hamburg, Nr. 40/2001, S. 170.
- 40 - Der Tagesspiegel. Berlin, 13. 1. 2002.
- 41 - „Kriege führen für den Frieden“. Der Philosoph Karl R. Popper über den Kollaps des Kommunismus und die neuen Aufgaben der Demokratie. In: Der Spiegel. Hamburg, Nr.13/1992, S. 205 u.208. (Hervorh. E.W.).
- 42 - J. Ross: Arbeit am neuen Weltbild. In: Die Zeit. Hamburg, Nr. 45 v. 31.10.2001, S.16.
- 43 - J.S. Nye jr.:Die Neubestimmung der Bündnismission im Informationszeitalter. In: NATO-Brief. Brüssel, Winter 1999, S. 15.
- 44 - Nach: Le Monde diplomatique (deutsche Ausg.).Berlin, März 2000, S. 16.
- 45 - M. Pitzke: Triebfeder des Krieges. In: Die Woche. München, 19.10.2001, S. 18.
- 46 - Monbiot: A discreet deal in the pipeline. Guardian. London, 15.2.2001. Nach: Th. I. Steinberg: Krieg um Öl von Karatschi bis Triest. In: junge Welt. Berlin, 10./11.11.2001, S. 11.
- 47 - Nach: junge Welt. Berlin, 23. 1. 2002, S. 5.
- 48 - W. Wimmer in: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn, H. 9/2001, S. 1057.
- 49 - Nach: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn, H. 2/2002, S. 164.
- 50 - J. Joffe: Die Beton-Blamage. In: Die Zeit. Hamburg, Nr. 33 v. 9.8.2001, S.1.
- 51 - Nach: Frankfurter Rundschau. Frankfurt/M., 24. 3.2001, S.8.
- 52 - Nach: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn, Nr. 9/2001, S. 1060.
- 53 - Ebenda, S. 1061.
- 54 - K. Naumann: Der nächste Konflikt wird kommen. In: Europäische Sicherheit. Hamburg. Nr. 11/1999, S. 8 u. 14.

- 55 - G. Hellmann/W. Wagner: Getrennt marschieren oder zusammen? Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die NATO. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Frankfurt/M., 19.6.2000, S.10.
- 56 - P. Johnson: The answer to terrorism? Colonialism. In: The Wallstreet Journal. New York, Oct. 9, 2001.
- 57 - M. Wolf: The need for a new imperialism: Afghanistan is just one example of failed states that threaten world order. The only answer is active intervention by the west. In: Financial Times. London, Oct. 10, 2001.
- 58 - M. Boot: Colonise wayward nations. In: The Australian. Oct.15, 2001. (<http://www.theaustralian.news.com.au/printpage/0,5942,3048229,00.html>)
- 59 - Vgl.: E. Woit: Israel in der Nahost-Strategie der USA. In: Marxistische Blätter. Essen, H. 4/2001, S.89 ff.
- 60 - Z. Brzezinski: A.a.O., S. 306.
- 61 - S.P. Huntington: Die einsame Supermacht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn, Nr. 5/1999, S. 553.
- 62 - Nach: Neues Deutschland. Berlin, 29. 9.2001, S. 6.
- 63 - C. Fetscher: Geld und Gesten. In: Der Tagesspiegel. Berlin, 5.9.2001, S. 8.
- 64 - Ch. de Brie: Die Wiederkehr der Vergangenheit. In: Le Monde diplomatique (deutsche Ausgabe).Berlin, Oktober 2001, S. 4.
- 65 - K. Biedenkopf: 1998 – 1990. Ein deutsches Tagebuch. Berlin 2000, S.124.
- 66 - Vgl. ebenda, S. 334.
- 67 - Ebenda, S. 224.
- 68 - Freitag. Berlin, Nr. 44 v. 26. 10.2001, S. 5.
- 69 - Vgl.: Die deutschen Bischöfe: Gerechter Friede. Bonn, 27.September 2000, (7) u. (32).
- 70 - P. Kondylis: Das Politische im 20. Jahrhundert. Heidelberg 2001, S. 66 f.
- 71 - Vgl.: F. Alt: „Auge um Auge“ – und die ganze Welt wird blind. In: Publik Forum. Oberursel, Nr. 19/2001, S.9.
- 72 - S. Amin: Kapitalismus, Imperialismus, Globalisierung. In: Marxistische Blätter. Essen, H.4/1998, S.48.
- 73 - E.-O. Czempiel:A.a.O.,S.248.
- 74 - D. S. Lutz: Terrorismus, Solidarität und Verwundbarkeit.In: Forschung & Lehre. Bonn, H. 12/2001, S. 636.
- 75 - S. Amin: Das Reich des Chaos. Hamburg 1992, S.108.